

- 1967: Die Ganefo löst sich - im Anschluß an den Umsturz in Indonesien 1965 - wieder auf.
- 1970: Henry Xu (Hsü), ein Vertreter Taiwans, wird IOC-Mitglied.
- 1971: Die UNO anerkennt die VR China und schließt Taiwan aus (26. Oktober).
- 1975: Die VR China verlangt olympische Wiederanerkennung unter gleichzeitigem Ausschluß Taiwans.
- 1977: IOC-Präsident Lord Killanin in China.
- 1978: Die IOC-Mitglieder Lance Cross (Neuseeland) und Alexandru Siperco (Rumänien) in Peking.
- 1979: Generalsekretär Song Zhong vom NOK der VR China verlangt in Lausanne die Wiederanerkennung seines Verbandes. Taiwan soll seine Sportler unter dem NOK der VR China starten lassen (Antrag vom 10. März). Am 7. April 1979 erkennt das IOC auf der 81. Sitzung in Montevideo/Uruguay das NOK der VR China wieder an, weigert sich aber gleichzeitig, Taiwan vom IOC auszuschließen. Die VR China lehnt dies vorläufig als unannehmbar ab.

Schon wenige Tage nach dem Beschluß von Montevideo machte die Volksrepublik bei einer weiteren Sportentscheidung ihren Ein-China-Standpunkt erneut deutlich. Xinhua (NCNA, 29.4.79) berichtete aus Dakar, daß die International Amateur Athletic Federation (IAAF) beschlossen habe, daß die Athleten-Vereinigung der Volksrepublik Chinas einziger Vertreter in der IAAF sei und daß die Sportorganisation Taiwans nicht mehr anerkannt werde.

INNENPOLITIK

(19) **Erweiterte Tagung des Zentralkomitees der KPCh: Festhalten an Mao und Festschreibung von "Vier grundlegenden Prinzipien"**

Nur etwas über drei bzw. vier Monate nach seiner Arbeitstagung (November 1978) und nach der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees (Dezember 1978) trat nach Angaben der kommunistischen Hongkonger Zeitschrift Zhengming das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas Anfang April zu einer erweiterten Tagung erneut zusammen (Lu Zhongjian, "Kunrao Zhonggong de da nan ti" (Große, schwerwiegende Probleme, die der KPCh Kopfzerbrechen bereiten) in: Zhengming, Nr.19 (1.5.79), S.5). Themen dieser Tagung waren offensichtlich die erheblichen ökonomischen und politischen Probleme, denen sich die chinesische Führung gegenübersteht. Auf ökonomischem Gebiet betrafen die Beschlüsse dieser Tagung wahrscheinlich die Herabsetzung von Planziffern, die Verlagerung der Investitionsschwerpunkte und die Zurückstellung einer großen Anzahl von Investbau-Projekten. Angaben des genannten Artikels zufolge beschloß das Zentralkomitee, diese Neuorientierung des Wirtschaftsaufbaus innerhalb von drei Jahren abzuschließen (ders., op. cit., S.6).

Auf politischem Gebiet wurde anscheinend u.a. der Beschluß gefaßt, eine sich in den letzten Monaten abzeichnende mehr oder weniger offene Entmaoisierung unter allen Umständen zu vermeiden und "an den Mao-Zedong-Ideen festzuhalten" (wie es in dem Leitartikel der Renmin Ribao vom 11.4.1979 seit längerem einmal wieder hieß). Die erneute ideologische

Hinwendung zu Mao war bereits in der "Bekanntmachung des Revolutionskomitees der Stadt Peking" über die Einschränkung der demokratischen Bewegung vollzogen worden, derzufolge es strengstens verboten ist, die "Mao-Zedong-Ideen" anzugreifen (C.a., März 1979, Ü 17). Einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo zufolge soll der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping einen Tag später, am 30.3.79, in einer zweieinhalbstündigen Rede vor 5.000 Zuhörern ausgeführt haben, daß die KPCh weiterhin an den Lehren des früheren Parteivorsitzenden Mao Zedong festhalten werde (nach: AP, 12.4.79). Ein augenfälliger Hinweis für die vom Zentralkomitee beschlossene erneute ideologische Anlehnung an Mao sind die zahlreichen Mao-Zitate, die seit Anfang April wieder in den chinesischen Massenmedien zu finden sind.

Die erweiterte Tagung des Zentralkomitees der KPCh verabschiedete darüber hinaus offensichtlich jene seit Anfang April von den chinesischen Massenmedien propagierten "Vier grundlegenden Prinzipien" (si xiang jiben yuanze - "Am sozialistischen Weg festhalten, an der Führung durch die Kommunistische Partei Chinas festhalten, an der Diktatur des Proletariats festhalten und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen festhalten"), die anscheinend die ideologisch-politischen Rahmenbedingungen abgeben sollen für die zukünftigen politischen Aktivitäten aller chinesischen Staatsbürger (siehe Radio Schanghai, 22.4.79, nach: SWB, 28.4.79). So wurde in Radio Schanghai die Ansicht vertreten, daß die Befolgung der "Vier grundlegenden Prinzipien" die Voraussetzung für die Förderung von Demokratie und die "Befreiung des Geistes" darstellt (ebenda). Einstimmig wurde in den chinesischen Massenmedien hervorgehoben, daß das Festhalten an diesen Prinzipien die Voraussetzung sei für die Verwirklichung der "Vier Modernisierungen", der Hauptaufgabe der gegenwärtigen Epoche (RMRB, 19.4.79; Beijing Ribao, 19.4.79, nach: SWB, 28.4.79; Radio Jilin, 1.5.79, nach: SWB, 10.5.79).

Die "Vier grundlegenden Prinzipien" sind offenbar aus Art. 1 und 2 der Verfassung der VRCh von 1978 abgeleitet (siehe C.a., Mai 1978, S.260) und waren ihrem Inhalt nach bereits in Punkt 6 der "Bekanntmachung des Revolutionskomitees der Stadt Peking" vom 29.3.79 (siehe C.a., März 1979, Ü 17) aufgenommen worden; sie tauchten jedoch unter der Bezeichnung "Vier grundlegende Prinzipien" erst Anfang April, also nach der erweiterten Tagung des Zentralkomitees, in zahllosen Artikeln auf. Als politisch-ideologischer Rahmen sollen sie nun massenhaft propagiert und Gegenstand der politischen Erziehung werden (Radio Zhejiang, 6.4.79, nach: SWB, 17.4.79; Jiefang Ribao, 7.4.79, nach: SWB, 11.4.79). Einem Artikel der Zhejiang Ribao vom 23.4.1979 zufolge, der von Radio Zhejiang am selben Tag wiedergegeben wurde, soll in der Provinz Zhejiang sogar eine Kampagne (yundong) zur Erziehung der Bevölkerung im Geiste der "Vier grundlegenden Prinzipien" gestartet worden sein (nach: SWB, 28.4.79).

(20) **Reorganisierung der Administration, strikte Trennung von Partei- und Regierungsorganen**

Dem Bürokratismus und dem aufgeblähten Verwaltungsapparat ist in zahlreichen Artikeln der chinesischen Presse in den letzten Wochen der Kampf

angesagt worden. Darin wurden und werden vor allem folgende Erscheinungen kritisiert:

1. Personelle Aufblähung von Verwaltungsorganen. In einem Artikel der Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 10.4.1979 wird berichtet, daß sich in einigen Gebieten die Zahl der Funktionäre in den Verwaltungsorganen seit Beginn der Kulturrevolution (1966) mehr als verdoppelt hat. Bereits am 15.2.79 hatte die Renmin Ribao einen Brief eines Arbeiters des 4. Baubüros des Eisenbahnministeriums veröffentlicht, in dem dieser berichtete, daß allein in der Verwaltung des Büros über 8.000 Kader und mehrere Tausend andere unproduktive Arbeiter beschäftigt seien, während die Gesamtzahl der Beschäftigten nur 51.000 betrage. Einem Bericht aus der Provinz Sichuan zufolge erhöhte sich die Zahl der in der Provinzverwaltung beschäftigten Kader seit 1966 von über 8.700 auf mehr als 11.000 (nach: SWB, 26.4.79).

2. Zu viele provisorische Verwaltungsorgane und -abteilungen.

Einem Bericht des Pekinger Rundfunks vom 13.3.79 zufolge wurden allein in der Stadt Shenyang (Provinz Liaoning) seit Beginn der Kulturrevolution 40 provisorische Verwaltungsorgane und 127 provisorische administrative Abteilungen zusätzlich eingerichtet (nach: SWB, 17.3.79). Im gleichen Zeitraum wurden vom Provinzkomitee der KPCh in Hubei und dem dortigen Revolutionskomitee 143 provisorische Ämter zusätzlich eingerichtet (nach: SWB, 26.4.79).

3. Keine strikte Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Verwaltungsorganen (RMRB, 10.4.79).

4. Keine klare Abgrenzung der Verantwortlichkeiten (RMRB, 10.4.79).

5. Unfähige Funktionäre (RMRB, 10.4.79).

Einem Bericht der Guizhou Ribao vom 13.2.79 zufolge verfügen die in der Landwirtschaft von Guizhou beschäftigten Funktionäre über ein zu geringes Bildungsniveau und zu wenig Fachwissen: Beispielsweise seien mehr als die Hälfte der Parteizellen-Sekretäre in den Brigaden des Kreises Qingzhen entweder Analphabeten oder verfügten über nur ganz geringe Kenntnisse der chinesischen Schrift. Sie seien noch nicht einmal in der Lage, die Dokumente zu lesen. Dem genannten Bericht zufolge verstehen nur dreißig Prozent der Kommune- und Brigadekader in diesem Kreis etwas von Betriebs- und Buchführung. Sogar noch weniger Funktionäre hätten Kenntnisse über Agrarwissenschaft und landwirtschaftliche Technologie (nach: SWB, 20.2.79).

6. Geringe Arbeitseffizienz (RMRB, 10.4.79).

7. "Drei Übel": zu viele Sitzungen, zu viele Dokumente, zu viele Inspektionen.

Der Direktor einer Fabrik für Elektromaschinen in Harbin, Zhu Yunfei, berichtete, daß er im Jahre 1978 allein achtzig Tage mit Sitzungen in Peking verbracht habe und sogar noch mehr Zeit für die Sitzungen auf Provinz- und Stadtebene habe verwenden müssen. Insgesamt gesehen habe er 1978 fast jeden Tag an irgendeiner Sitzung teilnehmen müssen. Seinen Angaben zufolge erhielt der Direktor von Januar bis November 1978 allein 1.125 offizielle Dokumente und fast 1.000 Briefe von höhergestellten Verwaltungsorganen. Darüber hinaus habe er als

stellvertretender Parteisekretär der Fabrik noch zahlreiche Parteidokumente studieren müssen. Auf das dritte "Übel", die zahlreichen Inspektionen, angesprochen, antwortete der Fabrikdirektor, daß er allein 1978 über siebzig Besuchergruppen von übergeordneten Verwaltungsorganen empfangen habe (XNA, 13.2.79).

Die Sitzungsflut war auch das Thema einer Beschwerde von Sun Maosung, einem "Helden der Arbeit", in der Heilongjiang Ribao. Sun, Arbeiter der Harbener Fabrik für Maschinen zur Sauerstofferzeugung, schrieb, daß er im Jahre 1978 allein insgesamt neun Monate auf verschiedenen Sitzungen verbracht habe (nach: BRU, 1.5.79, S.7).

8. Bürokratischer Arbeitsstil (Radio Liaoning, 26.2.79, nach: SWB, 9.3.79).

Beijing Rundschau berichtete in ihrer Ausgabe vom 1.5.79 von zwei Schanghai Bauarbeitern, die einen ganzen Tag benötigten, um die Unterschrift von vier Verantwortlichen einzuholen, damit ihnen ein Paar Arbeitsschuhe mit Gummisohlen ausgehändigt werden konnten.

Den Berichten in den chinesischen Massenmedien zufolge wurden folgende Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung ergriffen:

1. Auflösung von provisorischen administrativen Organen.

Das Parteikomitee der Stadt Shenyang beschloß, über 150 provisorische Verwaltungsorgane und -abteilungen aufzulösen (Radio Peking, 13.3.79, nach: SWB, 17.3.79). Ähnlich durchgreifende Maßnahmen wurden in der Provinz Sichuan, in der Provinz Liaoning und in der Provinz Hubei getroffen (Radio Sichuan, 29.3.79, nach: SWB, 5.3.79; Radio Liaoning, 20.3.79, nach: SWB, 30.3.79; SWB, 26.4.79; BRU, 1.5.79).

2. Abbau von Verwaltungspersonal.

Im Zusammenhang mit der Auflösung von provisorischen Organen der Administration wurden zahlreiche Funktionäre entlassen und an ihre ursprünglichen Einheiten zurückgeschickt, um dort in der Verwaltung oder in der Produktion zu arbeiten. Allein in der Stadt Shenyang wurden 800 Verwaltungskader aus der städtischen Administration entlassen und in ihre ursprünglichen Einheiten zurückversetzt (Radio Peking, 13.3.79, nach: SWB, 17.3.79). Die Provinzverwaltung von Sichuan entließ 300 überschüssige Funktionäre (Radio Sichuan, 29.3.79, nach: SWB, 5.3.79), und die Verwaltungsorgane der Provinz Liaoning überwiesen 400 überflüssige Kader in ihre ursprünglichen Einheiten zurück (Radio Liaoning, 20.3.79, nach: SWB, 30.3.79).

3. Ausarbeitung eines Verwaltungsrechts.

In einem Artikel in der Renmin Ribao vom 10.4.79 wurde zur Ausarbeitung eines umfassenden Verwaltungsrechts aufgerufen. U.a. verlangte der Verfasser die Einführung von Vorschriften über Arbeitseffizienz und anderen Verwaltungsverordnungen, um eine personelle Aufblähung der Verwaltung zu verhindern und eine klare Arbeitsteilung der administrativen Organe mit festen Verantwortlichkeiten der einzelnen Funktionäre festzulegen. Eine positive Bewertung erfuhren die 1957 erlassenen "Vorläufigen Maßnahmen für die Ernennung und Absetzung von Staatsbeamten" und die "Vorläufigen Bestimmungen über die Auszeichnung und Bestrafung von Staatsbeamten", die früher, so der

Autor, entscheidend zur Hebung der Arbeitseffizienz beigetragen hätten.

4. Entlassung von unfähigen Funktionären (RMRB, 10.4.79; Radio Hunan, 22.2.79, nach: SWB, 1.3.79).

5. Strikte Aufgabentrennung und Arbeitsteilung zwischen Regierungs- und Parteiorganen.

Ein entscheidender Grund für die Aufblähung des Verwaltungsapparats ist nach Ansicht vieler Artikel die fehlende Aufgabentrennung und Arbeitsteilung zwischen Partei- und Regierungsorganen gewesen. Einem Bericht aus der Provinz Sichuan zufolge hatte das dortige Provinzparteikomitee in den vergangenen Jahren mehr und mehr Aufgaben und Arbeitsbereiche der Regierungsorgane übernommen, so daß Verwaltungsorgane entstanden, die weder eindeutige Partei- noch eindeutige Regierungsorgane darstellten (nach: SWB, 26.4.79). Nach der Abschaffung solcher überschneidender administrativer Abteilungen soll nun eine strikte Trennung zwischen Partei und Verwaltung durchgesetzt werden. Dies läuft vor allem auf eine Stärkung der Rolle der Revolutionskomitees auf allen Ebenen hinaus. Die Revolutionskomitees werden in Zukunft, wie schon die sogenannten "Volkskomitees" vor der Kulturrevolution, alle eigentlichen Verwaltungsaufgaben übernehmen und die Parteikomitees auf diesem Gebiet vollständig zurückdrängen (siehe u.a. Radio Yunnan, 8.2.79, nach: SWB, 14.2.79; Radio Xinjiang, 11.3.79, nach: SWB, 16.3.79; Radio Heilongjiang, 17.3.79, nach: SWB, 24.3.79; Radio Jilin, 21.1.79, nach: SWB, 2.2.79; SWB, 15.3.79).

(21) 36 Millionen KPCh-Mitglieder

Einem Artikel der Guangming Ribao vom 21.4.1979 zufolge gehören der Kommunistischen Partei Chinas jetzt 36 Millionen Mitglieder an. Geht man von einer Gesamtbevölkerung von 900 Millionen aus, so sind nur 4% der chinesischen Bevölkerung Mitglieder der KPCh. Dem genannten Artikel zufolge sind mehr als die Hälfte der 36 Millionen KPCh-Mitglieder seit dem Beginn der Kulturrevolution im Jahre 1966 in die Partei aufgenommen worden. Viele von ihnen, so der Artikel, seien nach wie vor von Lin Biao und der "Viererbande" politisch beeinflusst - dies gelte es zu überwinden.

Seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 nahm die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Chinas zahlenmäßig folgende Entwicklung:

1949: 4,5 Mio.
 1953: 6 Mio.
 1956: 11 Mio.
 1959: 14 Mio.
 1961: 17 Mio.
 1965: ca. 20 Mio.
 1971: ca. 20 Mio.
 1979: 36 Mio.

(Angaben nach: J.P. Harrison, "The Long March to Power. A History of the Chinese Communist Party, 1921-72", New York/Washington 1972, S.454; GMRB, 21.4.79)

(22) Chinesische Oppositionelle verhaftet

Offensichtlich um größere Unruhen anlässlich des

3. Jahrestages des seit Dezember 1978 positiv bewerteten Tiananmen-Zwischenfalles zu verhindern, wurden zwischen dreißig und vierzig führende Oppositionelle in der chinesischen Hauptstadt verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich u.a. die führenden Mitglieder der "Menschenrechtsvereinigung", Ren Wanding, Gao Shan, Li Weisan und Chen Lu (UPI, 9.4.79; AFP, 8.4.79). Zu den Verhafteten zählt ebenfalls die Mehrzahl der Autoren des Pekinger Untergrundorgans "Tansuo" (Untersuchungen), dessen letzte Ausgabe Ende März erschien (Le Monde, 22.4.79). Einer Meldung des Rundfunksenders "1. August" zufolge sind in den letzten Wochen seit der Einschränkung der demokratischen Bewegung 53.200 Personen im ganzen Land verhaftet worden, in der Mehrzahl Jugendliche mit Schulabschluß und Arbeiter (nach: SWB, 24.4.79). Da es sich bei dieser Rundfunkstation wahrscheinlich um einen sowjetischen Sender handelt, muß dieser Meldung bzw. Zahlenangabe größte Vorsicht entgegengebracht werden.

(23) Aberglauben, Geldspiel und Hexen - traditionelle Übel nach wie vor verbreitet

Rundfunkmeldungen aus verschiedenen südlichen Provinzen Chinas zufolge sind traditionelle Übel, wie das Geldspiel und der "Aberglauben" (hinter dieser Bezeichnung verbergen sich allerdings oft auch religiöse Aktivitäten), nach wie vor verbreitet und teilweise sogar im Ansteigen begriffen. So meldete Radio Zhejiang am 27.3.79, daß unter der lokalen Bevölkerung "in zunehmendem Maße göttliche Anleitung und Hilfe gesucht, Tempel repariert, Ahnengräber gebaut, um Geld gespielt und ein gewisser Prozentsatz der Spielgewinne bei den Spielern abkassiert wird" (nach: SWB, 29.3.79). Vor allem das Geldspiel scheint den lokalen Behörden Kopfzerbrechen zu bereiten. In einem Kommentar der Schanghaier Jiefang Ribao vom 15.4.1979 war sogar von einzelnen "Geldspiel-Bossen die Rede", die augenscheinlich das Geldspiel organisieren und daran, wie das obengenannte Beispiel in Zhejiang zeigt, verdienen (nach: SWB, 21.4.79). Besonders schwerwiegend sind nach Angaben eines Leserbriefes, der in der Schanghaier Jiefang Ribao am 15.4. abgedruckt wurde, die Folgen des Geldspiels in der ländlichen Umgebung von Shanghai: Dort seien die Leute regelrecht dem Geldspiel verfallen und hätten der Frühjahrsbestellung keine Aufmerksamkeit geschenkt (nach: SWB, 21.4.79). Die zunehmende Verbreitung von Geldspiel und abergläubischen Aktivitäten wurde auch aus den Provinzen Guangdong (Radio Guangdong, 29.3.79, nach: SWB, 5.4.79) und Anhui (Radio Anhui, 1.4.79, nach: SWB, 5.4.79) berichtet. Ein besonders schwerwiegender Fall von Hexerei wurde aus der Provinz Jiangsu von der dortigen Rundfunkstation am 23.3.1979 (nach: SWB, 29.3.79) gemeldet. Dem Bericht zufolge hatte bereits im September letzten Jahres eine Hexe im Kreis Haimen ihre abergläubischen Aktivitäten wiederaufgenommen und sich als Gottheit ausgegeben, die Dämonen fangen könne. Besagte Hexe konnte ihre üble Kunst so weit treiben, daß sie zusammen mit einem Komplizen zwei junge Kinder zu Tode schlug und verbrannte. Dem Bericht aus Jiangsu zufolge wurden die beiden nach Überprüfung der Tatbestände von den Sicherheitsbehörden verhaftet. Darüber hinaus verboten die örtlichen Sicherheitsorgane abergläubische Aktivitäten von Hexen und organisierten im Kreis Haimen mehrere

Massenversammlungen, "um den Atheismus zu propagieren" und "den feudalistischen Aberglauben zu zerstören" (ebenda).

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG

KUNST UND MASSEN MEDIEN

(24) Stärkung der ideologischen Erziehung der Jugend

Am 13. April 1979 ging in Peking eine nationale Konferenz der Jugendliga über Jugendangelegenheiten zu Ende. In ihrer Abschlußrede betonte die Sekretärin des ZK der Jugendliga, Li Haifeng, daß die ideologische und politische Arbeit unter der Jugend verstärkt werden müsse. Die Jugend müsse zum Marxismus-Leninismus und Maozedong-Denken erzogen werden. Befreiung des Denkens sei zwar wichtig, sie bedeute jedoch nicht, daß man tun und lassen könne, was man wolle, daß man die Parteidisziplin und die Gesetze des Landes verletze und sich anarchistisch gebe. Es komme darauf an, daß die jungen Leute ihre demokratischen Rechte richtig anwenden und daß sie der Führung der Partei und dem sozialistischen Rechtssystem folgten. Einige Jugendliche verlangten nach bürgerlicher Demokratie und erkundigten sich sogar bei Ausländern nach den Menschenrechten. Dies seien falsche Aktionen; überall in der Welt seien Demokratie und Freiheit Teil einer bestimmten sozialen Ordnung. Die Sekretärin spielte auch auf die jüngsten Unruhen von Jugendlichen an, wenn sie davon sprach, daß es in China einzelne Konterrevolutionäre gebe, die den Sozialismus bekämpften. Es handele sich um schlechte Elemente, gegen die streng durchzugreifen sei. Die Jugend müsse die gute Tradition des harten Kampfes und der sozialistischen Moral weiterführen. Ihr Wunsch nach einem besseren Leben sei verständlich, aber es könnten nicht alle Probleme auf einmal gelöst werden; ein höherer Lebensstandard sei nur durch harte Arbeit zu erreichen. Zur Vermeidung ungesunder und schädlicher Tendenzen in der Jugend schlug Li Haifeng vor, alle möglichen Freizeitaktivitäten zu organisieren, die den Bedürfnissen und Wünschen der Jugendlichen entsprächen (XNA, 14.4.79).

Auch mehrere Zeitungskommentare gehen auf das Jugendproblem ein. Sie beklagen vor allem die mangelnde Disziplin, das Einreißen lockerer Sitten und die Tendenz, Demokratie als Anarchismus mißzuverstehen. Als Heilmittel empfehlen auch sie eine Stärkung der ideologischen Erziehung (GMRB, 1.4.79; RMRB, 3.4.79).

(25) Die Schriftstellerin Ding Ling wieder in Peking

Die wohl größte und bekannteste Schriftstellerin der modernen chinesischen Literatur, Ding Ling, soll sich laut Bericht der Hongkonger Zeitschrift "Zhengming" (Nr.18, 1.4.79) nach 24jähriger Abwesenheit seit kurzem wieder in Peking befinden. Die heute 73jährige Schriftstellerin war 1955 im Rahmen der Kampagne gegen den Literaten Hu Feng und zwei Jahre später in der Anti-Rechts-Kampagne verurteilt und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen

worden. Seitdem war über ihr Leben nichts mehr bekannt geworden, doch ist zu vermuten, daß sie zu Zwangsarbeit verurteilt war.

Ting Ling hat ein bewegtes Leben hinter sich. Literarisch am erfolgreichsten war sie in den dreißiger und vierziger Jahren. Als ihr berühmtestes Werk gilt der 1948 erschienene Roman "Sonne über dem Sanggan", der von der Bodenreform handelt und ihr 1951 den Stalin-Preis für Literatur einbrachte. Schon früh hatte sie sich auch politisch engagiert. Nachdem ihr Lebensgefährte, der Dichter Hu Yepin, 1931 von der Guomindang hingerichtet worden war, trat sie der Liga linksgerichteter Schriftsteller und 1933 der Kommunistischen Partei bei. Im Chinesisch-Japanischen Krieg war sie mit Polit- und Erziehungsaufgaben an der Front betraut, und seit 1941 lebte sie in Yan'an, wo sie auch mit Mao Zedong persönlich bekannt wurde. Trotzdem bewahrte sie sich eine unabhängige Meinung, weswegen sie sich schon damals die Kritik der Partei einholte. Dies verhinderte jedoch nicht, daß sie in der Volksrepublik zahlreiche Ämter bekleidete; u.a. war sie Abgeordnete des Nationalen Volkskongresses. Seit 1942 ist sie mit dem Schriftsteller Chen Ming verheiratet, der 1957 mit ihr zusammen ebenfalls kritisiert worden war.

(26) Postume Rehabilitierung für den Dramatiker Tian Han

Am 25. April 1979 fand auf dem Pekinger Heldenfriedhof Babaoshan eine postume Gedenkfeier für den in der Kulturrevolution verstorbenen bedeutenden Dramenautor Tian Han statt. Wie die RMRB berichtete, war Tian Han im Dezember 1968, verfolgt von Lin Biao und der Vierergruppe, gestorben. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros mit Ausnahme von Wang Dongxing sowie weitere Vertreter der politischen Führung Chinas hatten Kränze zur Trauerfeier geschickt, und zahlreiche prominente Gäste aus Politik und Kultur wohnten der Zeremonie bei. Die RMRB würdigte Tian als einen Mann, der die Entwicklung des modernen chinesischen Dramas maßgeblich geprägt hat. Seit 1932 war er Mitglied der KPCh und betätigte sich in jenen Jahren aktiv in der Kulturarbeit der Schanghaier Parteizentrale. Außerdem wurde er einer der Mitbegründer der Liga linksgerichteter Dramatiker. Außer Dramen schrieb er auch eine ganze Reihe von Filmbüchern und Liedtexten. Sein Lied "Der Marsch der Freiwilligen", zu dem Nie Er die Musik setzte, wurde später die Nationalhymne der VR China (RMRB, 26.4.79).

(27) Neue touristische Attraktionen

Seit dem 1. April 1979 ist Konfuzius' Geburtsort Qufu in der Provinz Shandong für ausländische Touristen geöffnet. Der Konfuzius-Tempel, der ein Areal von 22 ha einnimmt und an Bedeutung nur dem ehemaligen Kaiserpalast in Peking nachsteht, sowie andere historische und kulturelle Sehenswürdigkeiten dieses Ortes haben in der Kulturrevolution stark gelitten und sind nach dem Sturz der Vier restauriert worden (XNA, 1.4.79).

Um den berühmten Westsee bei Hangzhou herum sind vor Beginn der neuen Touristensaison über fünfzig historische und andere Sehenswürdigkeiten wieder instand gesetzt worden. Darunter befindet sich auch das 1.600 Jahre alte Lingyin-Kloster sowie